

WORKSHOP

#7

ÖKOLOGISIERUNG DES KAPITALISMUS ODER SYSTEMWANDEL DER WIRTSCHAFT?

Thesen zum Workshop

Ulrich Brand

1.

Wolfgang Sachs argumentierte in den 1990er Jahren, dass der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ zu einem diffusen und damit vielfältig verwendeten Leitbild wurde. Dieses Leitbild hat sich als zunehmend hinderlich herausgestellt, um der globalen sozial-ökologischen Krise zu begegnen. Wurde er um 1990 noch kritisch verwendet, so verlor er im darauffolgenden Jahrzehnt sein kritisches Potenzial, er war zumindest kein Gegenbegriff gegen die neoliberalen Politiken. Um 2000 postulierte der damalige UNO-Generalsekretär, „wir müssen die Globalisierung für nachhaltige Entwicklung arbeiten lassen“ – was immer das bedeutete. Um 2005 wurden die fehlenden Erfolge nachhaltiger Politiken immer offensichtlicher (prominent im Millennium Ecosystem Assessment 2005) und in der Krise musste konstatiert werden, dass es weniger die expliziten Politiken sind, die zu weniger Naturverbrauch und Umweltbelastungen führen, sondern die Krise selbst.

Der Begriff der green economy könnte in der Krise des Neoliberalismus und angesichts veränderter weltpolitischer und –wirtschaftlicher Konstellationen das Erbe des Begriff nachhaltige Entwicklung anzutreten.

2.

Explizite Strategien eines tiefgreifenden sozial-ökologischen Umbaus scheinen derzeit kaum zu greifen. Das Projekt eines Green New Deal (politische Rahmenbedingungen für Effizienzsteigerung, „Wachstum der Grenzen“, vermehrte grüne Investitionenu.a.) ist bislang kaum voran gekommen, ob die in den kommenden Monaten und Jahren wichtiger werdende Strategie einer green economy an Bedeutung gewinnt – und was das konkret bedeutet – ist derzeit eine offene Frage. Für uns wichtig ist aber: Kapitalistische Modernisierung vollzieht sich nicht unbedingt als grand strategy, sondern häufig als regional- und sektorspezifische Veränderung: je nach Interessen- und Kräfte-konstellationen, verfügbaren alternativen Technologien, gesellschaftlicher Durchsetzbar- und Wünschbarkeit, teilweise als Nischenstrategie u.a. So führen die historischen Erfolge der Umweltbewegung in Deutschland, die konkreten Alternativen mit Solarenergie und die jüngsten Proteste gegen Atomenergie durchaus zu einer partiellen ökologischen Modernisierung des Energiesystems. Im Bereich der Automobilität oder der Produktion/des Konsums von Nahrungsmitteln sieht es ganz anders aus.

Treibende Kraft ökologischer Modernisierung – ich verwende den Begriff kritisch - ist weniger die Umsetzung eines Planes, sondern es sind Profitmaximierung, Sicherung der Vermögens- und

Eigentumstitel und die Kontrolle der Veränderungen durch Kapitalgruppen, die wiederum oft von staatlicher Politik gestützt werden. Doch dies ist eingebettet in eine kapitalistische Alltagskultur von Lohn- und Reproduktionsarbeit, Konsum von Waren, breiter gesellschaftlicher Orientierung an Wirtschaftswachstum.

3.

Die Entwicklung eines grünen Kapitalismus findet also derzeit statt. Die Frage ist dann, zu welchen Bedingungen, in wessen Interesse und mit welchen Dynamiken. Sie ist räumlich und zeitlich hochgradig selektiv, produziert nicht nur eine selektive Veränderung der Produktionsbasis, sondern auch ökologische Probleme und Ausschluss – und zwar innergesellschaftlich entlang von gesellschaftlichen Strukturmustern wie Klasse, Geschlecht oder Ethnie sowie international zwischen Ländern und Regionen. Die Produktion von Palmöl in Indonesien, um ein prominentes Beispiel zu nennen, ist lokal ein ökologisches Desaster, aber sie findet den Rückhalt von mittleren und Großgrundbesitzern, lokalem und nationalen Staat und Teilen der städtischen Bevölkerung, die zumindest indirekt von den Wachstumsimpulsen profitiert.

4.

Aus meiner Sicht müssen wir die dominanten und vielfältigen Strategien hin zu einer Ökologisierung des Kapitalismus in einem im Vergleich zu den 1990er Jahren veränderten zeithistorischen Kontext verstehen, der zu dem ge-wissen Ökonomismus führt wie er sich im Begriff der green economy ausdrückt: (a) Wir erleben eine verschärfte geopolitische und – ökonomische Konkurrenz um den Zugang zu Ressourcen, um Verschmutzungsrechte und Einfluss; (b) das im krisengeschüttelten finanzgetriebenen Kapitalismus überakkumulierte Kapital sucht nach Verwertungsmöglichkeiten, die auch in CO₂-Emissionen, Infrastruktur, Landkauf und anderes gehen; (c) die Repolitisierung der ökologischen Krise in wichtigen Ländern des globalen Nordens – wie etwa Deutschland – führt dazu, dass politische Legitimation durchaus mit einer Veränderung der Ressourcenbasis (und vorrangig der Energiebasis) erreicht werden kann; (d) und schließlich eine Legitimationskrise – teilweise auch Funktionskrise – neoliberaler Politik mit Orientierungen hin zu möglichen „post-neoliberalen“ Konstellationen.

5.

Nicht nur das alte Leitbild nachhaltiger Entwicklung scheint verbraucht, sondern auch das des Neoliberalismus. Der Versuch, ein neues Narrativ green economy zu etablieren, scheitert im umfassenden Sinne an unterschiedlichen strukturellen Gründen: (a) ökonomische und politische Strategien sind weiterhin an der Verfügbarkeit billiger natürlicher Ressourcen orientiert; (b) internationale Konkurrenz zwischen Ländern/Regionen und Unternehmen sind weiterhin handlungsleitend auf dem Weltmarkt und es bilden sich nur schwache Ansätze „grüner Innovation“ heraus; (c) staatliche und andere politische Institutionen verfolgen – mit Ausnahme der Umweltschutzapparate – weiterhin weitgehend nicht nachhaltige Politiken, die mehr Wachstum und Legitimität versprechen; (d) damit verbunden versprechen Wachstumsstrategien weiterhin am ehesten politische und soziale Stabilität; (e) Ressourcenextraktivismus scheint für die viele Länder des globalen Südens weiterhin der gangbarste Weg für „Entwicklung“; (f) der westliche Lebensstil – das was ich mit Markus Wissen als imperiale Lebensweise bezeichne – ist weiterhin attraktiv und scheint sich derzeit vor allem in den Mittelklassen des globalen Südens zu universalisieren; (g) das Finanzkapital hat insbesondere die Landwirtschaft und Umweltschutz als neues Investitionsfeld entdeckt.

6.

Analytisch folgt daraus, bei den je spezifischen Entwicklungen und ihren Rechtfertigungen nachzufragen, welche konkreten Interessen damit verfolgt werden, wer und was ausgeschlossen wird bzw. keine Stimme oder Bedeutung hat. Unter welchen demokratiepolitischen Bedingungen finden bestimmte Entwicklungen statt, welche Handlungspotenziale eröffnen sich damit für spezifische Gruppen?

Green economy ist – als tatsächliche Entwicklung oder als bewusst formulierte Strategie – ein öko-kapitalistischer, patriarchaler und imperialer Modernisierungspfad.

7.

Hinsichtlich der Gangbarkeit politischer Strategien müssen wir zunächst anerkennen, dass ein öko-kapitalistisches Modernisierungsprojekt in einem Land wie Deutschland auf breiten Rückhalt stößt. Das hängt m.E. zuvorderst mit der tiefen Verankerung der imperialen Lebensweise zusammen, die darauf basiert, auf billige Ressourcen und Arbeitskräfte aus anderen Regionen

über den Weltmarkt zurückgreifen zu können. „Kosten“ in anderen Regionen der Welt spielen politisch kaum eine Rolle und sind kaum politisierbar (ein Beispiel wären hier wiederum die Agrar-treibstoffe). Insofern schätze ich die Übergangssituation, von der Dieter Klein bzw. das ISM im Papier „Umriss eines sozial-ökologischen Umbaus“ sprechen, nicht so offen ein. Mit Antonio Gramsci gesprochen bestehen in sozial-ökologischer Perspektive weiterhin zumindest breite passive Konsense, wenn nicht sogar aktive.

8.

Analytisch und politisch-strategisch sollten wir nicht den Fehler der früheren Ökologiebewegung wiederholen, dass nun „die Gesellschaft“ sich der „Natur“ unterordnen müsse. So wichtig Metaphern wie „Grenzen des Wachstums“ oder vom übernutzten „Umweltraum“ (vgl. die prominente Rockström-Studie von 2009) auch sind, und so wichtig natürlich der Verweis, dass die Reproduktionsfähigkeit von natürlichen Prozessen sehr grundlegend ge- oder gar zerstört werden kann - so sehr geht es aus emanzipatorischer Sicht weniger darum, scheinbar objektive Natur-grenzen einzuhalten. Aus meiner Sicht geht es um die demokratische Gestaltung der gesellschaftlichen Naturver-hältnisse, d.h. die Befriedigung von Bedürfnissen wie Ernährung, Wohnen, Gesundheit, Fortpflanzung, Mobilität und Kommunikation befriedigen, nicht mehr als profitgetrieben und mit auf Naturbeherrschung ausgerichteten Rationalitäten, sondern in anderen, nachhaltigen sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Formen. Das führt dann auch zum Erhalt natürlicher Lebensbedingungen, die sind aber nicht statisch.

9.

Was noch entwickelt werden muss, sind Konturen einer attraktiven Produktions- und Lebensweise. Diese betreffen nicht nur Leitbilder nachhaltigen Konsums (vgl. Wuppertal Institut), sondern einer anderen Gestaltung der Gesell-schaft, inklusive rationeller Produktion und gerechter und demokratischer politischer Verhältnisse. Diese durchzu-setzen, hat viel mit Kampf gegen die weiterhin neoliberalen Kräfteverhältnisse und gegen Kapitalmacht bzw. die kapitalistische Eigentums- und Vermögensordnung zu tun, mit Demokratie und einer Verknüpfung von sozialen und ökologischen Fragen. Es bedarf daher der Umverteilung von Macht, Wohlstand und Lebenschancen, es bedarf auch einer genauen Analyse und Nutzung von grundlegenden Elitendissensen. Notwendig ist bei der Bildung von breiten demokratischen Bündnissen (im ISM-Papier: solidarische Mitte-Unten-Bündnisse) auch eine solidarische Kritik

und Veränderung jener progressiven Ansätze (beispielsweise keynesianischer und damit verbunden große Teile der Gewerkschaften, der SPD und der LINKEN), die zwar verteilungspolitisch stark sind, aber das wenig nachhaltige Zustandekommen der Wohlstandproduktion nicht berücksichtigen.

Wir sollten zudem eine Erfahrung nicht vergessen: Die Entwicklung anderer Produktions- und Lebensweisen entsteht nicht notwendig durch Mehrheiten, sondern oft von den gesellschaftlichen Rändern her (kollektive und nachhaltige Produktions- und Lebensweisen, vegetarische Ernährung, Fahrrad-Mobilität).

10.

Zwei offene Fragen zum Schluss:

In den sich derzeit intensivierenden Diskussionen um sozial-ökologischen Umbau sollten wir nicht abstrakt Fragen von Wachstum und Nicht-Wachstum stellen, gleichwohl die kapitalistischen und sozialstaatlichen Wachstumszwänge und die damit verbundenen Interessens- und Kompromisskonstellationen zur Kenntnis nehmen und in einem emanzipatorischen sozial-ökologischen Transformationsprozess verändern. Eine Forderung sollte sein, wirtschaftliches Wachstum als Ziel zu ersetzen, zumal ja viele Wirtschaftsleistungen wie Haus- und Sorgearbeit nicht gemessen werden, gleichzeitig konkrete Umbauprojekte und -prozesse und die damit verbundenen Konflikte sichtbar zu machen (viele notwendige Investitionen bedeuten ja zunächst ökonomisches Wachstum). Hier haben wir noch Diskussionsbedarf, da der Wachstumsbegriff schillernd und unscharf verwendet wird. Zudem wird er gegenwärtig mit der umstrittenen Frage des Verzichts – was ja auch eine Forderung der Neoliberalen ist - gekoppelt.

Und schließlich, das macht es für ein Reformprojekt in Deutschland besonders schwierig, muss eine weitreichende Perspektive sozial-ökologischer Transformation als internationale Perspektive gedacht werden. Hier haben wir noch kaum Antworten. Vielleicht müssten wir zunächst präzise Fragen formulieren: Was würde das heißen für die Extraktionsgesellschaften des globalen Südens? Aus meiner Sicht beispielsweise politische Verhandlungen von Preisen für die notwendigen Ressourcen (das ist ja nichts Neues); also eine grundlegende solidarische politische Steuerung des Weltmarktes.

Die 11. These erspare ich mir aufzuschreiben...